

Ausgabe 279

Oktober 2014

**Informationen und Meinungen
aus und für das BAAINBw**

Aus dem Inhalt

Bundesvertretertag 2014	Seite 2
Die Arbeit der Unternehmensberater im BAAINBw.....	Seite 4
Besuch Staatssekretärin Dr. Suder am 14.08.2014	Seite 5
Drei Fragen an.....	Seite 6
Besuch Abteilungsleiter AIN im BAAINBw am 19.09.2014	Seite 8
Schon gehört?	Seite 8
Termine.....	Seite 8
Zu guter Letzt.....	Seite 9

+++Bundesvertretertag stellt Weichen neu+++

Bundesvertretertag 2014

Am 8. und 9. Oktober 2014 fand in Berlin der Bundesvertretertag des VBB statt. Der Bundesvertretertag ist das oberste Organ des VBB und findet regulär alle vier Jahre statt. Jeder Bereich entsendet pro angefangene 100 Mitglieder einen Delegierten zu dieser Veranstaltung. Unser Bereich IX war daher mit 21 Delegierten vertreten. Hinzu kamen noch die beiden Bundesvorstandsmitglieder des Bereiches IX.

Der Bundesvertretertag ist u. a. zuständig und einzig berechtigt für die Erteilung von richtunggebenden Weisungen an den Bundesvorstand, die Wahl der Bundesleitung und der Beisitzer, die Änderung der Satzung und die Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge.

Die Delegierten haben die **neue Bundesleitung** wie folgt gewählt:

Bundsvorsitzender:	Wolfgang Kamm
erste stv. Bundsvorsitzende:	Rula Strehl
zweiter stv. Bundsvorsitzender:	Jürgen Mangerich
dritter stv. Bundsvorsitzender:	Dr. Hans Liesenhoff
Bundesschatzmeister:	Herbert Pannek
Bundesschriftführerin:	Marion Gerber.

Somit gehört seit langer Zeit mit Dr. Hans Liesenhoff mal wieder ein Mitglied unseres Bereiches der Bundesleitung an. Wir freuen uns sehr darüber und wünschen Dr. Liesenhoff eine glückliche Hand. Neben unserem Bereichsvorsitzenden Jakob Milles ist als Beisitzer für den Bereich BAAINBw weiterhin Herr Frank Bartz im Bundesvorstand vertreten.

Es wurden folgende **weitreichende Satzungsänderungen** beschlossen:

1.

Der Verband gliedert sich künftig in sieben Flächenbereiche – identisch wie bisher – und vier lokale Bereiche (bisher zwei).

Die vier lokalen Bereiche sind:

- Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg);
- Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw);
- Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw);
- Das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw).

Diese vier lokalen Bereiche haben ihre verbindliche Zuständigkeit ausschließlich für das jeweilige Amt. Am Ort des Amtes befindliche zivile oder militärische Behörden oder Dienststellen verbleiben in der jeweiligen territorialen Zuständigkeit. Sollte aus organisatorischer Sicht oder aufgrund der Mitgliederzahl eines oder mehrerer Bereiche/Landesverbände eine Änderung dieser Struktur erforderlich sein, kann der Bundesvorstand eine solche Änderung beschließen.

2.

Die Mandatsdauer für alle Funktionsträger wird von vier auf fünf Jahre geändert.

3.

Die satzungändernde Mehrheit wird von drei Viertel auf zwei Drittel verändert.

Neben diesen Änderungen in der Satzung hat sich der Bundesvertretertag auch mit einem grundsätzlichen und strategisch bedeutsamen Thema auseinandergesetzt. Der Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) hatte anlässlich seines Vertretertages im September 2013 den Beschluss über eine Kooperation und Fusion mit einem anderen Verband und Erhalt seiner Mitgliedschaft in der Tarifkommission des dbb-Beamtenverbundes und der dbb-Tarifunion gefasst. Mit diesem Beschluss wurde das Signal an den VBB gesandt, zusammen mit dem VAB den Weg zu einer Fusion der beiden Verbände unter dem Dach des dbb zu bereiten.

Die bisher geführten Gespräche und erreichten Zwischenergebnisse standen unter dem Vorbehalt der Zustimmung und Weisung der Delegierten des diesjährigen Bundesvertretungstages des VBB.

Der Bundesvertretertag hat sich für eine Kooperation und Fusion mit dem VAB entschieden. Nunmehr ist anschließend in einer Arbeitsgruppe eine neue gemeinsame Satzung für den dann neu zu gründenden Verband zu erarbeiten.

Eine endgültige Fusion kann jedoch nur durch einen (ggf. außerordentlich einzuberufenden) erneuten Bundesvertretertag beschlossen werden. Über die weitere Entwicklung werden wir Sie informieren.

Zurzeit beträgt der prozentuale Anteil der Mitgliedsbeiträge bezogen auf die Grundgehälter zwischen 0,16 % und 0,25 %. Mittelfristig ist eine Anpassung dieser Beiträge auf 0,30 % erforderlich, damit der Verband arbeitsfähig bleibt. Dieses Ziel soll in Schritten, beginnend im Januar 2015 und abgeschlossen im Januar 2017 erreicht werden. Die bisherigen Beitragsklassen werden beibehalten.

Anlässlich des Festaktes des Bundesvertretertages 2014 am 09.10.2014 sprach Ministerin Dr. von der Leyen ein Grußwort. Sie betonte hierbei, dass trotz der aktuellen Problemlage in der Bundeswehr eine Revision der getroffenen Standortentscheidungen nicht erfolgen wird. Eine Reform der Reform werde es nicht geben. Es waren zahlreiche Gäste aus der Politik anwesend.

Impressionen des Bundesvertretertages 2014





Die Arbeit der Unternehmensberater im BAANBw

Am 1. Juli 2014 nahm das 30-köpfige Beratungsteam aus KPMG, P3 Ingenieurgesellschaft und Taylor Wessing seine Arbeit im BAANBw auf. Die Berater/-innen sollten zentrale Rüstungsprojekte innerhalb von drei Monaten überprüfen.

Viele Sorgen und Befürchtungen stellten sich daraufhin bei den Beschäftigten ein. Wie verhalte ich mich, wenn ich befragt werde? Was passiert, wenn mir bei dem Gespräch ein Fehler unterläuft? Welche Auswirkungen haben diese Überprüfungen für mich und meine Kollegen/-innen? Verstehen die Unternehmensberater überhaupt, in welchen gesetzlichen Zwängen wir uns bei Großprojekten bewegen? Es gab während dieser Zeit wenig Informationen für unsere Beschäftigten, die dazu beigetragen hätten, die angespannte Situation zu entspannen.

Nunmehr haben die externen Berater ein Gesamtgutachten vorgelegt. Dieses Gesamtgutachten unterliegt der Einstufung „VS - Nur für den Dienstgebrauch“. Den Mitarbeitern zugänglich gemacht wurde lediglich ein nicht eingestuftes Exzerpt von 51 Seiten, welches die wesentlichen Ergebnisse des Gesamtgutachten enthält. Insbesondere enthält dies Empfehlungen für die phasenübergreifende Verbesserung des Projekt- und Risikomanagements von Rüstungsprojekten und –vorhaben, ein transparentes Berichtswesen und für eine Weiterentwicklung organisatorischer Prozesse und Strukturen.

In einem Mitarbeiterbrief vom 8. Oktober 2014 zieht die Leitung unseres Hauses Bilanz. So hätten auch die Berater „einen Schalter, mit dessen Umlegen man kritische Projekte mit einem Schlag zu Erfolgsprojekten verwandelt“ nicht gefunden. Dies sei „wenig überraschend“. Diese Einschätzung können die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, zu deren täglichen Aufgaben die Projektarbeit gehört, wohl nur teilen.

Sowohl von Ministerin Dr. von der Leyen als auch von Staatssekretärin Dr. Suder war zwischenzeitlich zu hören, dass das Gutachten keine Reorganisation des BAAINBw zur Folge haben werde. Ebenso würden die Standortentscheidungen hierdurch nicht infrage gestellt. Vielmehr gehe es darum, die vor kurzem eingenommenen Strukturen durch geeignete Maßnahmen zu stabilisieren. Wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen, ist nun zu erarbeiten.

Der Presse kann man aktuell nahezu täglich neue Meldungen über Ausrüstungsmängel, Probleme mit der Rüstungsindustrie, mangelnde Einsatzbereitschaft und nicht ausgegebene Haushaltsmittel entnehmen. Die Ministerin steht unter einem enormen Druck der Öffentlichkeit. Es bleibt abzuwarten ob und wann die unterbreiteten Ratschläge der Unternehmensberatung zielführend sind oder an ihre Grenzen stoßen.

Besuch Staatssekretärin Dr. Suder am 14.08.2014

Dr. Katrin Suder, die am 01.08.2014 zur Staatssekretärin im BMVg ernannt worden war, hat dem BAAINBw am 14.08.2014 einen Antrittsbesuch abgestattet.

Auf dem Programm standen neben einem Gespräch mit der Leitung des Hauses auch kurze Treffen mit den Personal- und Schwerbehindertenvertretungen und den beiden Gleichstellungsbeauftragten. Im Foyer des BBH stellte sich Dr. Suder den Abteilungs- und Gruppenleitern vor. Anschließend wurden ihr im Saal A des Dr. Rabus-Hauses die Abteilungen des Hauses vorgestellt und es fand eine Einweisung in die Projektorganisation Rüstungsmanagement statt.

Die Personalvertretungen informierten Frau Dr. Suder in der Kürze der Zeit über dringende und brisante Themen. Hierbei standen insbesondere auf der Agenda: Situation beim MArS Kiel, Pilotprojekt bei der Zentralauswahl von Azubis im süddeutschen Raum, die unterschiedliche Personalbearbeitung im Arbeitnehmerbereich durch zu viele Bundeswehrdienstleistungszentren, die schleppende Nachbesetzung von Dienstposten sowie die ausufernde Regelungsfülle bei der Anwendung des CPM (nov.). Frau Dr. Suder nahm die Anregungen auf und sicherte zu, den Dialog mit den Personalvertretungen fortzusetzen.

In ihrer Rede im Foyer des BBH führte die Staatssekretärin zu den Gründen aus, warum sie dieses Amt angenommen habe. Zunächst einmal sei sie schlicht gefragt worden. Sie empfinde die Aufgabe als Staatssekretärin als große Ehre und als eine Verpflichtung, bei der es nicht lange etwas zu überlegen gegeben hätte. Frau Suder sei gewohnt, mit Großprojekten umzugehen. Sie habe in den ersten zwei Wochen ihrer Amtsführung sehr schnell verstanden, dass es eine Schonfrist für sie nicht geben werde. Sie wolle den Blick nach vorn richten und zuhören und dann gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die dringenden Aufgaben anpacken.

Auf die Frage, wie sie denn den Perspektivenwechsel von der ehemaligen Unternehmensberaterin bei McKinsey hin zum Beamtenstatus als Staatssekretärin empfunden habe, antwortete sie, dass sie die Ernennung zur beamteten Staatssekretärin mit großem Stolz erfülle. Deshalb habe sie auch ihre Kinder bei der Aushändigung der Ernennungsurkunde in Berlin dabei gehabt.

Frau Dr. Suder hinterließ einen sehr engagierten Eindruck und es ist zu hoffen, dass sie den Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAAINBw fortsetzt und intensiviert. Sie sollte immer auch ein Ohr für die Basis haben, denn hier sitzen die Wissens- und Erfahrungsträger/-innen. Wir wünschen ihr einen guten Start und eine glückliche Hand. Der VBB wird die zukünftigen Entwicklungen und Entscheidungen genauestens im Auge behalten.

Drei Fragen an...

...**Jakob Milles**,

Bereichsvorsitzender des VBB-Bereiches BAAINBw.



Brille:

„Lieber Herr Milles, welche Pläne haben Sie für Ihre Amtsperiode als Bereichsvorsitzender?“

Herr Milles:

„Unser Amt bewegt sich in schwerem Gewässer, vielleicht in schwererem, als BwB und IT-AmtBw jemals gesehen haben. Die Überprüfung der größten Projekte unseres Hauses durch KPMG u. a. soll lt. Aussage Frau Dr. Suder nicht in organisatorischen Konsequenzen münden. Aber mir fehlt der Glaube daran, schließlich kostet die Überprüfung ja nicht wenig. Und da soll am Ende nichts raus kommen als nur ein paar allgemein gehaltene Feststellungen, was wir hätten besser machen können?“

Deshalb liegt es auch an uns als Beamtenverband im BAAINBw dagegen zu halten und unermüdlich die positiven Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen kund zu tun.

Was den Verband von Innen angeht, so wird es eine Herausforderung sein, die jungen Beamtinnen und Beamten zu überzeugen, Mitglied zu werden. Nur der Verband wird gehört, der auch genügend Mitglieder vertritt. Derzeit haben wir ca. 2.150 Mitglieder im Bereich IX. Den jungen, nicht im Bereich organisierten Kolleginnen und Kollegen sei aber ins Buch geschrieben, dass Fortschritte im Beamtenstatus und überhaupt der Erhalt des Berufsbeamtentums nicht gottgegeben sind. Dafür muss gekämpft werden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Nur eins ist auch klar: die alten, fast jedem im Amt bekannten Kämpen werden bald das hoffentlich nicht sinkende Schiff verlassen, dann müssen jüngere weiterkämpfen. Die Rekrutierung von jüngeren kämpferischen Kolleginnen und Kollegen wird eine große Herausforderung der nächsten Jahre sein. Es steht ein Generationenwechsel an.“

Brille:

„Das BAAINBw steht ständig im politischen Fokus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den letzten Jahren enorme Veränderungsprozesse schultern müssen. Sind wir auf einem guten Weg?“

Herr Milles:

„Wie schon gesagt, das BAAINBw ist in schwerem Gewässer. Hier im Amt wird sehr viel Geld ausgegeben. Das weckt Begehrlichkeiten bei allen möglichen anderen Organisationen. Da wird auch Stimmung gemacht, bspw. im Griephan, der von unserem Amt nur noch als „Zeughaus vom Deutschen Eck“ spricht und ständig die Frage unserer Reformierbarkeit meint beleuchten zu müssen.

Die Wahrnehmung von Bedarfsträger- und Bedarfsdeckeraufgaben ist längst nicht mehr so scharf getrennt, wie das noch im BWB der Fall war.

Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, dass die jetzige Struktur des BAAINBw – wie auch die der beiden anderen großen Bundesoberbehörden BAIUDBw und BAPersBw hinsichtlich der Übereinstimmung mit den Vorgaben des Grundgesetzes Art. 87 a und b zu hinterfragen ist. Die Vermischung von zivilen und militärischen Strukturen – wie sie in der Vorreiterrolle seinerzeit 2002 schon im IT-AmtBw erprobt wurde – ist rechtlich leider nie geklärt worden. Wenn man die Macher der Reform auf die grundgesetzliche Regelung hingewiesen hat, erhielt man bis in die höchsten Stellen den Hinweis, dass man Art. 87 b „neu interpretiere“ und es zur Erfüllung dieser grundgesetzlichen Regelung ausreiche, dass die drei (zivilen) Bundesoberbehörden BAAINBw, BAIUDBw und BAPersBw von zivilen Präsidenten geleitet würden. Nach dem Motto: Der Chef ist zivil, demzufolge ist Art. 87 b GG Rechnung getragen.

Das ist doch mal eine Interpretation. Übrigens: Als jungem Beamten hat man mir in der Laufbahnausbildung von Interpretation des Grundgesetzes gar nichts vermittelt. Damals reichte es aus, das Grundgesetz zu lesen.

Die rechtliche Klärung der Rechtmäßigkeit der neuen gemischten Strukturen war dem VBB leider nicht möglich. Die entsprechende Klage und in der Folge Verfassungsklage hätte ein einzelner benachteiligter Beschäftigter oder z. B. eine Partei anstrengen müssen. Der VBB selbst war und ist leider nicht klageberechtigt.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Wir sind auf keinem guten Weg nach meinem Dafürhalten und das hat viel mit der fehlenden Trennschärfe zwischen Bedarfsträgerschaft und Bedarfsdeckerschaft zu tun.“

Brille:

„Wenn Sie heute noch einmal die Entscheidung zur Berufswahl zu treffen hätten: Öffentlicher Dienst - ja oder nein - wie würden Sie entscheiden?“

Herr Milles:

„Tja, da ist die Gretchenfrage. Ganz ehrlich: Uneingeschränkt JA! Ich weiß es nicht. Ich bin ein Kind des BWB seit 1979 mit einer zwischenzeitlichen „Ausleihe“ in das IT-AmtBw. Ich habe mich immer wohl und gut aufgehoben gefühlt. Ich könnte auch sagen: ich habe meinen Arbeitgeber gemocht. Dieses Wohlbefinden hat viel mit Wertschätzung der Beschäftigten zu tun. Und dieses Gefühl der Wertschätzung durch meinen Arbeitgeber hatte ich (fast) immer.

Allerdings nimmt diese Wertschätzung in den letzten Jahren leider immer mehr ab. Während frühere Verteidigungsminister irgendwo immer noch wussten, dass die Bundeswehr neben den militärischen Kameraden auch noch zu ca. einem Drittel aus nicht minder wichtigen zivilen Beschäftigten bestehen, scheint mir das in jüngerer Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu sein. Jüngstes Beispiel ist der Entwurf für das Gesetz zur Attraktivitätssteigerung. Da kann man nur sagen: falsche Überschrift! Denn es ist ein Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Soldatenberufes, von uns zivilen Beschäftigten ist da nicht viel zu lesen außer ein paar vagen Absichtserklärungen.

Jedenfalls würde ich heute einem jungen Menschen immer noch uneingeschränkt zu einer Berufswahl als ziviler Beschäftigter in der Bundeswehrverwaltung raten – egal ob als Beamter oder Arbeitnehmer.“

Besuch Abteilungsleiter AIN im BAAINBw am 19.09.2014

Der neue Abteilungsleiter AIN des BMVg, Herr Generalmajor Zimmer, hat am 19.09.2014 dem BAAINBw seinen Antrittsbesuch abgestattet.

Neben einem Gespräch mit der Leitung des Hauses wurden Herrn Zimmer das BAAINBw mit seinen Abteilungen vorgestellt. Anschließend führte GM Zimmer Gespräche mit den Personal- und Schwerbehindertenvertretungen und den beiden Gleichstellungsbeauftragten des BAAINBw.

Das Gespräch wurde von den Personal- und Schwerbehindertenvertretungen genutzt, um wichtige und dringenden Themen anzusprechen, welche die Beschäftigten bewegen. So wurden beispielsweise entstandene Personalprobleme durch getroffene Standortentscheidungen (MArs: Wegfall Standort Kiel und WTD 61: Transfer von Dienstposten in das neue Luftfahrtamt der Bw mit Standort in Köln) thematisiert. GM Zimmer führte aus, dass zwar diverse Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine Versetzungshäufigkeit so gering wie möglich zu halten, Bundesbedienstete aber generell bundesweit einsetzbar seien. Hätten wir das auch mal wieder geklärt...

Schon gehört?

- ❑ In seiner Sitzung am 22.07.2014 beschäftigte sich der **Arbeitskreis Technik** (AKT) neben seiner Konstituierung mit aktuellen Themen des Amtes, der Umstrukturierung der Abteilung I und Fragen zur Personalpolitik und –gewinnung.
- ❑ Am Standort Koblenz/Lahnstein ist ein Pilotversuch zur Einführung einer **Elektromobilität** gestartet. Hierzu wurden dem Präsidenten des BAAINBw 10 Volkswagen Elektrofahrzeuge e-up! übergeben. Während einer ersten Probephase stehen diese Fahrzeuge verschiedenen Pilotnutzern zur Verfügung. Die Fahrzeuge eignen sich insbesondere für die kurzen Fahrten innerhalb des Standortes und haben eine Reichweite von ca. 120 km. Die vereinfachten Anforderungsmodalitäten und die Handhabung der Fahrzeuge sollen erstmals nach drei bis sechs Monaten bewertet werden.
- ❑ Das **Haushaltsgesetz 2014** wurde am 18.07.2014 im Bundesgesetzblatt verkündet. Damit ist die vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung 2014 beendet.
- ❑ Die **Geschäftsstelle** des VBB in der Rheinstelle ist wieder montags bis freitags von 9-13 Uhr besetzt.

Termine:

- 5. November 2014:** Informationsveranstaltung für die weiblichen Mitglieder des VBB
- 5. Dezember 2014:** Arbeitstagung

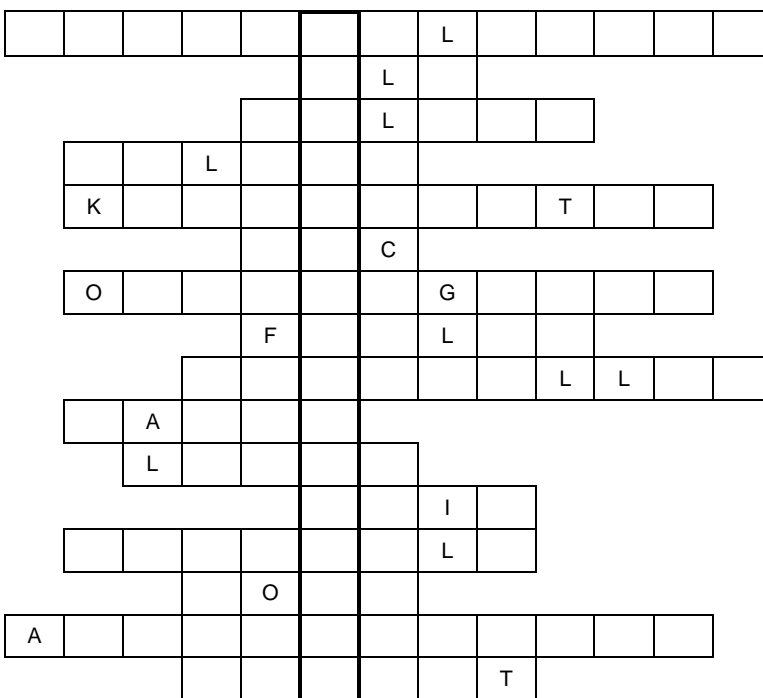
Zu guter Letzt:

Viele Einsender haben das Rätsel der letzten Ausgabe gelöst. Unsere Glücksfee hatte daher die ehrenvolle Aufgabe, den Gewinner/die Gewinnerin des Jahresloses der Aktion Mensch per Los zu ermitteln.

Wir gratulieren Herrn Norbert Engel, I3.2, recht herzlich! Der Preis wird dem glücklichen Gewinner in Kürze vom Bereichsvorsitzenden, Herrn Milles, übergeben.

Als Lösung des CPM-Rätsels waren übrigens folgende Begriffe zu finden: Risikomanagement, Organisation, Review, Umweltschutz, Einsatzreife, Initiative, Ergonomie, Logistik, Projektelement und Produkt. Und hier kommt unser neues „orientalisches“ Rätsel. Hier muss man um die Ecke denken. Viel Erfolg!

Um die Ecke gedacht



- Macht alles, kann alles, weiß alles und ist immer schuld
- Höchstdekoriertes Metall bei der Sockenbeschaffung
- Besonders schöne, bezahlte Dienstzeit
- BAAINBw-Mitarbeiter im Rock
- Von diesen Geheimnissen hat jeder ein gutes Dutzend
- Schwimmender Beutel mit Konsonantenverlust
- Schaubild für gewichtsmessende Mediziner im Amt
- Macht keiner im BAAINBw
- Das wichtigste Instrument der Beschaffung
- IT-Tool, dass einfach alles können wollte
- Nachrichten verschickende Blüte
- Haushaltsmittelscheich
- War früher nur was für Frauen
- Beamtengruppe, die ständig unter Druck steht
- Erhalten manche Kinder und alle Beamten
- Kann alles und weiß alles und ist nie schuld

Umlaute sind z.B. oe für ö

Als Lösungswort ergibt sich ein orientalischer Amtschef.

Die Lösung bitte **bis zum 28.11.2014** senden an: buero@vbb-baainbw.de

Unter allen Einsendern wird unter Ausschluss des Rechtsweges ein Jahreslos der Aktion Mensch (monatliche Gewinnchance 1 Million Euro) verlost.

Herausgeber: Bereich BAAINBw des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (www.VBB-BAAINBw.de) • V. i. S. d. P.: Katja Kipping • Geschäftsstelle: 56068 Koblenz, Rheinstraße 1-5, Tel. 02 61 - 1 57 17 (auch Fax) oder BwKz 90 44 24 - 34 56 • Textabdruck mit Quellenangabe gestattet; Belegexemplar erbeten • Textabdruck gekennzeichnete Artikel nur mit Genehmigung des Verfassers (Name ist der Redaktion bekannt) • Bezugskosten für Bereichsangehörige durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. • Auflage: 2.300